

Themen aus dem Landtag (23. Tagung vom 19. bis 21. Juni 2019)

Klimaschutz ist unbequem

Auch in der letzten Sitzung des Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause nahmen die Themen Energiewende und Klimaschutz einen großen Raum ein. Dass bei Jamaika hier zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine riesige Spalte klafft, erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Klimaschutz und der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien sind nicht zu trennen. Nur wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen in den kommenden Jahren drastisch reduzieren, haben wir eine Chance, ebenso notwendige wie ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen. Eine vertretbare Alternative zum Klimaschutz gibt es nicht. Wir haben die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln eine Welt zu hinterlassen, die einigermaßen heil ist – und auf der der steigende Meeresspiegel, Wetterextreme und Dürren eben nicht der neue Normalzustand sind.

Wir müssen uns ehrlich machen: Es ist beinahe zu spät. Sicherlich wäre es heute bequemer, wenn früher mehr getan worden wäre. Aber das wurde von zu vielen verschlafen und zu viele verkennen den Ernst der Lage auch nach wie vor. Konsequenter Klimaschutz verlangt uns allen etwas ab und es bedeutet für uns als Politikerinnen und Politiker, unbequeme und zuweilen unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen.

Wir haben als SPD im März beantragt, den Klimaschutz in unsere Schleswig-Holsteinische Verfassung aufzunehmen. Als klares Zeichen, dass es uns ernst ist. Dass wir uns der Größe der Aufgabe bewusst sind, die vor uns liegt. Und dass wir dabei konsequent sein werden.

Leider ist diese Koalition nicht nur bei der Energiewende ein Ausfall. Das zeigt der Blick auf die vergangenen Monate: Das Tempolimit auf Autobahnen halten zwei Drittel dieser Koalition für Unsinn, obwohl es die Verkehrssicherheit voranbringen würde und es keine andere Maßnahme im Straßenverkehr gibt, mit der Sie sofort und ohne großen Aufwand eine vergleichbare Menge CO2 einsparen könnten, auch wenn der Beitrag zum Klimaschutz bescheiden wäre.

Auch der Energiewende- und Klimaschutzbericht zeigt, dass wir bei der Senkung der Treibhausgasemissionen in Schleswig-Holstein noch viel vor uns haben. Die Bilanz für Schleswig-Holstein ist keine gute. Um 28 Prozent ging es im Bundesdurchschnitt runter, in Schleswig-Holstein nur um gut 25 Prozent, vom Ziel 40 Prozent bis 2020 sind wir weit entfernt. Und der Hauptgrund dafür sind die Emissionen im Bereich der Landwirtschaft. Das kann niemanden überraschen. Ich erinnere daran: Es war die Koalition, die hier unseren Antrag zur Verschärfung der Düngemittelverordnung abgelehnt hat. Dabei brauchen wir dringend die Neuausrichtung der Landwirtschaft hin zu Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung: ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel!

Und ich will nur ein weiteres Beispiel nennen: Für unsere Anträge zur Plastik-Reduktion, die wir hier im Landtag gestellt haben, hatten CDU, FDP und Grüne entweder einen windelweichen Ersetzungsantrag in der Hinterhand, den sie durchgestimmt haben, oder sind bestenfalls auf unseren Zug aufgesprungen. So sieht die traurige Klimaschutzbilanz dieser Regierung aus. Viele Worte, wenig Taten, bestenfalls Stillstand!“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=dOSLmb-YMY>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Der harte Job bei der Freiwilligen Feuerwehr muss belohnt werden!

Die Freiwilligen Feuerwehren (FFW) leisten einen unbezahlbaren Dienst für die Allgemeinheit und sind zentraler Bestandteil einer gut funktionierenden Gefahrenabwehr in den Städten und Gemeinden im Land. Die Freiwillige Feuerwehr bedeutet Engagement und persönlichen Einsatz zum Schutz von Leib und Leben sowie Hab und Gut der Bürgerinnen und Bürger. FW-Leute verdienen unsere Solidarität und unseren Respekt. Sie haben einen harten Job, und den machen sie verdammt gut. Sorgen wir dafür, dass sie dafür eine angemessene Wertschätzung erhalten! Die SPD-Fraktion hat deshalb in der letzten Landtagssitzung eine zusätzliche Altersversorgung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr beantragt (Drs. 19/1533). Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und feuerwehrpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

„Wir spüren auch hier den gesellschaftlichen Wandel: Die demographische Entwicklung, vielfältige Lebensweisen und sich verändernde Wertvorstellungen wirken sich auch auf das Engagement in der FFW aus. Deshalb ist es wichtig, dass auch die nötige Unterstützung für das Ehrenamt nicht zu kurz kommt. Hegen und pflegen wir also unsere Wehren, sie sind wichtig für unsere Städte und Gemeinden! Wer sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft einsetzt, möchte dafür auch eine Anerkennung erhalten. In Schleswig-Holstein hat sich hier in den vergangenen Jahren einiges getan.

Nun ist es nach unserer Auffassung an der Zeit darüber nachzudenken, ob und in welchem Umfang die Tätigkeit bei der FFW sich auch für die Altersversorgung auszahlen kann. Thüringen und Sachsen-Anhalt haben jeweils seit etwa 10 Jahren unterschiedliche Modelle einer Feuerwehrrente. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir heute den ersten Aufschlag. Wir haben uns für ein Gesetz entschieden, weil wir möchten, dass die Feuerwehren im ganzen Land von der Regelung profitieren. Und weil der Brandschutz originäre Aufgabe der Kommunen ist, möchten wir das Land und die Kommunen in die Pflicht nehmen.

Wenn wir uns in diesem Punkt einig sind, sollte es doch nicht schwer sein, eine Lösung zu finden. Die sollte vor allem nicht am Geld scheitern! Das Land Thüringen veranschlagt im Haushalt 2019 für den Landesanteil 2,5 Mio. Euro – bei rund 35 000 Aktiven. Wenn ich richtig rechne, wären wir – bei Übertragung einer mit Thüringen vergleichbaren Regelung auf unsere rund 50 000 aktiven Brandschützer – dann bei einem Landesanteil von rund 3,6 Millionen Euro. Der gleiche Anteil entfiel auf die Kommunen – aber dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu den Kosten, den Städte und Gemeinden für eine Berufsfeuerwehr aufwenden müssten.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=96k0-B7ORfs>

Wenden in der Rettungsgasse ist kein Kavaliersdelikt.

Das Missachten der Rettungsgasse kann Leben gefährden. Wer dort wendet, nimmt schwere Unfälle mit entgegenkommenden Rettungsfahrzeugen in Kauf und erschwert den Rettungsdiensten den Weg zur Unfallstelle. Ein solches Verhalten muss zwingend mit einem Fahrverbot einhergehen, meint unser SPD-Verkehrspolitiker Kai Vogel und hat dazu einen entsprechenden Antrag (Drs. 19/1532) in die Juni-Sitzung des Landtags eingebracht:

„Wer war nicht entsetzt, als im Mai die Bilder von wendenden Fahrzeugen in der Rettungsgasse veröffentlicht wurden. Ein schwerer Unfall auf der A1 mit einer Sperrung, ein LKW war auf einen PKW aufgefahren und eine Person schwer verletzt worden. Nach Berichten der Medien sollen über 40 Fahrzeuge, sogar ein Auto mit Anhänger und Kleintransporter, in der Rettungsgasse gewendet haben. Es gab auch Videos von diesem katastrophalen Fehlverhalten im Netz.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Was kann Menschen dazu treiben, so egoistisch zu sein, das Leben anderer so zu gefährden und nur den eigenen Vorteil im Blick zu haben? Man stelle sich Mal vor, dass ein Rettungsfahrzeug, die Polizei oder Feuerwehr in der Rettungsgasse einem entgegenkommenden Fahrzeug begegnet und es zu einem schweren Unfall gekommen wäre. Man stelle sich mal vor, dass bei so einem Unfall auch noch weitere nur in der Rettungsgasse wartende Autofahrerinnen und Autofahrer verletzt worden wären. Rettungsgassen können Leben retten, wenn die Unfallopfer schnell versorgt werden. Jeder, der die Einsatzkräfte hier behindert, gefährdet Leben.

Jemand, der in einer Rettungsgasse wendet und sie entgegen der Fahrtrichtung befährt, stellt alle diese Gefahren und was damit ausgelöst werden kann hinten an. Wir sind der Auffassung, dass dieses egoistische Verhalten stärker als bisher bestraft werden muss. Jemand, der eine Rettungsgasse missbräuchlich nutzt, muss immer mindestens mit einem Fahrverbot bestraft werden.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=RUIDbwKBKws>

Zu gut für die Tonne!

Wer mit Ernst das Thema Nachhaltigkeit verfolgt, kommt am Thema Lebensmittelverschwendung nicht vorbei. Weltweit hungern mehr als 800 Millionen Menschen. Trotzdem landen jährlich etwa 1,4 Milliarden Tonnen Lebensmittel im Müll. 85 Kilogramm wirft jeder deutsche Privathaushalt im Jahr durchschnittlich weg. Auch in Erzeugung, Handel und Gastronomie landen viel zu viele kostbare Nahrungsmittel im Müll. Die Menschen verstehen und akzeptieren nicht mehr, dass da nicht aktiv und konsequent gegengesteuert wird. Um einen Beitrag im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung zu leisten, hat die SPD- Fraktion einen eigenen Antrag (Drs. 19/1537) dazu ins letzte Plenum eingebracht. Die SPD-Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber erklärt dazu:

„Auf der Justizministerkonferenz Anfang Juni in Lübeck wurde ein aus unserer Sicht guter Antrag vom Hamburger Justizsenator zur Legalisierung des Containerns von der CDU-Mehrheit der Fachminister abgelehnt. Weil aber endlich etwas passieren muss, stellen wir unseren Antrag im schleswig-holsteinischen Landesparlament. Reden reicht nicht, wir müssen handeln! Daher fordern wir eine gesetzliche Regelung wie in Frankreich und Tschechien, die den Lebensmitteleinzelhandel verpflichtet, verwertbare Lebensmittel an gemeinnützige Initiativen zur Lebensmittelrettung abzugeben. Das tun wir auch im Respekt vor denen, die heute schon ihren Beitrag leisten. Es gibt Unternehmen, die schon heute mit den Tafeln zusammenarbeiten. Die den Lebensmittelrettern die noch verwertbaren Lebensmittel so hinstellen, dass sie eben nicht in den Container tauchen müssen. Und genau diese Betriebe brauchen neben Respekt auch einen rechtlichen Rahmen für ihre Aktionen. Damit die Initiativen ihre großartige Arbeit auch weiter leisten können, müssen sie sich auf eine zuverlässige Unterstützung bei der Grundfinanzierung verlassen können. Wir wissen, in manchen Kommunen geht das heute schon, in den meisten anderen arbeitet das Ehrenamt am Limit. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten einen großen Dienst an unserer Gesellschaft und der Staat steht in der Pflicht, die Tafeln besser finanziell auszustatten.“

Der Alternativ-Antrag von Jamaika ist windelweich. Die Überschrift lässt hoffen, aber dann ein Prüfauftrag nach dem nächsten und wieder nichts Konkretes für Schleswig-Holstein! Es gibt bei uns viele Initiativen, die Tafeln seit 25 Jahren, Handel und Verbraucher machen sich Gedanken, wollen endlich mehr als nur warme Worte. Sie wollen aktiver Teil bei der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sein!“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=RN3ko6U0W54>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Wir wollen die Tarifbindung in Schleswig-Holstein und deutschlandweit stärken!

Die Tarifbindung ist in Deutschland seit Jahren rückläufig und hat leider insgesamt an Bedeutung verloren. Für die Beschäftigten bedeutet das handfeste Nachteile, denn sie verdienen in der Regel weniger, wenn die Arbeitgeber aus den Tarifverträgen aussteigen. Ein Missstand, den wir als SPD nicht hinnehmen wollen. Deshalb haben wir einen Antrag (Drs. 19/1500) eingebracht, der die Stärkung der Tarifbindung von Unternehmen zum Ziel hat. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Kieler Landeshaus, Wolfgang Baasch, sagt dazu:

„Die Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass 71 Prozent der westdeutschen und 81 Prozent der ostdeutschen Betriebe nicht tarifgebunden sind. Laut einer Studie des WSI sind nur noch 57 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland in Betrieben/Unternehmen mit einem Tarifvertrag beschäftigt.

Vor ca. 20 Jahren profitierten in Westdeutschland noch 70 Prozent der Beschäftigten von Branchen Tarifverträgen. Für Schleswig-Holstein beträgt diese Quote aktuell nur noch 52 Prozent. Dies ist mit Ausnahme von Baden-Württemberg der geringste Wert in Westdeutschland und wird sonst nur noch von den neuen Bundesländern unterboten. Aktuelle Studien der Hans-Böckler-Stiftung zeigen zum Beispiel auf, dass Unternehmen mit Tarifvertrag fast doppelt so häufig Urlaubsgeld zahlen. Und besonders weibliche Beschäftigte profitieren von einer Tarifbindung. Sie verdienen mit Tarifvertrag mehr. Zudem tragen Tarifverträge zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern bei, da eine Tarifbindung den Lohnrückstand von Frauen verringert.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Bundesratsinitiative (Drs. 212/19) zur Stärkung der Tarifautonomie „Funktionsschwäche der Tarifautonomie: Problem benennen, Strategie entwickeln, Gestaltungswillen bezeugen“ zu unterstützen und eine Strategie zur Stärkung der tariflichen Ordnung in Schleswig-Holstein zu entwickeln.

Schleswig-Holstein ist der Lohnkeller unter den westdeutschen Bundesländern. Ein gutes Mittel dagegen? Tariflöhne! Unser Ziel ist es, dass Arbeit unbefristet, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt wird. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein wieder zum Normalfall werden!“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=iOA5kU8kgic>

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Ein weiteres wichtiges Thema der letzten Landtagsberatungen war die Volksinitiative für bezahlbares Wohnen von Mieterverband und Sozialverband, die bislang weit über 30.000 Unterstützerinnen und Unterstützer in Schleswig-Holstein hat. Die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Özlem Ünsal, erklärt dazu:

„Inzwischen gehen in Deutschland Zehntausende gegen die Spekulation mit Wohnraum auf die Straße. Bundesweit fühlen sich Mieterinnen und Mieter durch Wohnungsknappheit und starke Mietpreissteigerungen in ihrem Grundrecht des Wohnens bedroht. Viele von Ihnen erfahren die Folgen von Verkauf, Spekulation, Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen bitter am eigenen Leib. Mieten und Immobilienpreise steigen weiter an, Menschen werden immer mehr von Wohnkosten überlastet, aus zentralen Quartieren in die Peripherie verdrängt und im schlimmsten Fall sogar wohnungslos.

Unsere Städte sind attraktiv, Grund und Boden aber nur begrenzt vorhanden. Seit den Achtziger Jahren haben sich Bund, Länder und Kommunen aber aus dem sozialen Wohnungsbau massiv zurückgezogen und die öffentliche Förderung vom Wohnungsbau deutlich zurückgefahren. Aus heutiger Sicht ein gravierender Fehler für die

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Daseinsvorsorge mit erheblichen Folgen für die Betroffenen. Weder der private Investor noch der Markt alleine regeln es. Wohnen ist eben kein ausschließliches Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut und ein Menschenrecht!

Wohnen trifft die Menschen unmittelbar in ihrer Existenzgrundlage. Und wenn dieses Grundrecht nicht mehr sichergestellt wird, dann organisieren sich Bürger und es kommt zu Volksinitiativen, wie in Schleswig-Holstein! Der Sozialverband und der Deutsche Mieterbund haben hierzu im Februar letzten Jahres eine landesweite Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein gestartet. Wir als schleswig-holsteinische SPD unterstützen seit Beginn geschlossen das Anliegen der Initiative, zu deren Kernforderungen insbesondere die Punkte

- Das Recht auf eine angemessene Wohnung in der Landesverfassung
- Der Bau von geförderten sowie barrierefreien Wohnungen
- Die Nachbesserung der Mietpreisbremse
- Die Neugründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mit Landesmitteln
- Sowie ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum gehören.

Auch einen frühzeitigen Vorstoß in Richtung Gesetzesinitiative haben wir bereits im vergangenen Jahr in den Landtag eingebracht. Neben vielfältigen Instrumenten der Wohnraumförderung brauchen wir diesen wirksamen rechtlichen Rahmen, damit es auf dem Wohnungsmarkt fairer zugeht.

Wohnraummangel ist die große soziale Frage unserer Zeit. Und an Vorschlägen, wie dem begegnet werden soll, mangelt es uns nicht. Wir brauchen nicht nur auf Bundes und Kommunalebene, sondern auch im Land eine proaktive Wohnungspolitik, die die Betroffenen abholt und nicht verzweifeln lässt.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://www.youtube.com/watch?v=8vxV/k4ym2tl>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de